

Volks-Zeitung

Ständes-Anstalt für den Jahrgang.

11. 12.

Halle, Freitag, den 7. Januar 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Bezugspreise:
 für Halle monatlich bei zweimonatlicher
 Aufstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
 22.50 Mark, durch die Post monatlich
 2.25 Mark, die telegraph. 24.75 Mark.
 Einlieferung. Zustellungsstellen. Ver-
 sendungen werden von allen Reichs-
 poststellen angenommen. Im
 Ausland, Zeitungsverträge unter
 Angabe der Zeitungen. Für
 anvertraute eingekommene Annon-
 zenliste wird keine Gebühr über-
 nommen. Nachdruck nur mit der
 Quellenangabe. Halle-Zeitung ge-
 gründet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
 1146, der Anzeigen-Abt. Nr. 1139
 u. 1153. Der Bezugs-Abt. Nr. 1139.

Anzeigenpreise:
 Die 5 gestrichelte 34 mm breite Milli-
 meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
 Familienanzeigen 40 Pf., Resten
 die 25 mm breite Millimeterzeile
 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
 unsere Geschäftsstellen u. sämtliche
 Anzeigengehälter. Erfüllungsort
 Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
 Sonntags und Montags mit
 Schlußtag. Haupt-
 Geschäftsstelle: Halle, Neue Prome-
 nade 11, Gr. Braubausstr. 17.
 Neben-Geschäftsstellen: Große
 Ulrichstraße 52 und Markt 24.
 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Die Kohlenfrage.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In Spa hat Deutschland die Verpflichtung, monatlich zwei Millionen Tonnen Steinkohlen zu liefern, deshalb auf sich genommen, weil der Verband mit Zwangsmaßnahmen drohte. Zu diesen Zwangsmaßnahmen gehörte zunächst die Befehlsung des Ruhrgebietes, die für absehbare Zeit nicht wieder rückgängig zu machen gewesen wäre. Deutschland erklärte sich deshalb bereit, wenigstens zu versuchen, monatlich zwei Millionen Tonnen Steinkohlen zu liefern. Das war ein außerordentlich großes Opfer, denn der Kohlenbergbau schöpft nicht mehr aus dem Vollen. Er ist durch den Raubbau während des Krieges heruntergewirtschaftet worden. Nur noch wenige Schächte liefern Qualität, also jene Sorte, auf die der Verband vorweg Anspruch erhebt. Das Abkommen, das in Spa geschlossen wurde, war auf sechs Monate befristet. Die Frist läuft am 31. Januar ab. Ein neues Abkommen muß also getroffen werden. Allein Deutschland dürfte billig erwarten, daß dabei auf alle Verhältnisse Rücksicht genommen werde, besonders darauf, daß die Kohlenversorgung Deutschlands nicht einmal die dringenden Bedürfnisse des Verkehrs und der Industrie deckt. Dazu scheint auf der anderen Seite wenig Neigung vorhanden zu sein. Wir haben die Verpflichtung erfüllt, was in England ohne weiteres anerkannt worden ist. Es sind aber trotzdem Verzögerungen in den Ablieferungen eingetreten, woran indessen nur Verkehrsverwirrungen die Schuld tragen. Der Rückstand beträgt etwa 250 000 Tonnen, der in den nächsten Monaten hätte ausgefüllt werden können. Aber der Wiederergänzungsausschuß verlangt unter anderem: Deutschland soll für die nächsten zwei oder drei Monate 2.2 Millionen Tonnen liefern, also 200 000 Tonnen mehr, als im Abkommen von Spa vereinbart worden sind. Die Forderung ist einfach. Es ist gelungen, die Kohlenförderung in Deutschland unerschütterlich zu steigern. Selbst wenn in diesem Jahre 130 Millionen Tonnen Steinkohlen erreicht wurden, so sind das immer noch 65 Millionen Tonnen weniger, als im Jahre 1913 befördert wurden. Weiter kommt in Betracht, daß die Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaues die äußerste Grenze erreicht hat. Gelingt es nicht, die alten Schächteanlagen und Maschinen zu erneuern, vor allem aber neue Schächte abzubauen, so steht unter Kohlenbergbau vor dem Zusammenbruch. Noch ist ungewiß, woher der Bergbau die für die Erneuerung notwendigen Kapitalien hernehmen soll.

Das ist nur das eine. Das andere ist, daß ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unmöglich ist, wenn der Verband das ist Frankreich, mit jeder Zunahme der deutschen Förderungsleistung auch seine Kohlenanfrage steigert. Wenn die Wiederergänzung einen Sinn haben soll, so darf sie sich nur auf den tatsächlich angestiegenen Schachtbestand beschränken. Die Kohlenanfrage für Deutschland hat aber nicht den Zweck, Frankreichs Industrialisierung zu fördern, sondern nur den, den Kohlenausfall zu ersetzen, der durch die Zerstörung der französischen Gruben in Nordfrankreich entstanden ist. Zu dieser Leistungspflicht haben wir uns bekennt. Daß Frankreich trotzdem größeren Kohlenbedarf hat, als wir ihn zu decken verpflichtet sind, ist eine Folge des Zuwachses der leistungsfähigen Industrie und der leistungsfähigen Erze. Frankreich verfügt nun über die mächtigsten Erzvorkommen Europas, es besitzt in Lothringen gemaltete Verhüttungsanlagen, aber es ist ohne Kohlen, um alles auszunutzen. Daher das Verlangen, die deutsche Kohlenleistung zu erhöhen. Wir können uns darauf nicht einlassen. Der Spa-Vertrag droht ohnehin unsere Wirtschaft, weil der Verband die Zulage nicht eingehalten hat, unseren berechtigten Anteil an der oberirdischen Kohle zu erhöhen.

Die Einigung mit den Eisenbahnern.

Die grundsätzliche Einigung bei den schwierigen Verhandlungen mit den Eisenbahnbeamten und Arbeitern im Reichsverkehrsministerium über die Erhöhung ihrer Bezüge ist außerordentlich zu begrüßen. Sie ist freilich noch nicht völlig endgültig, da erst nach der Rückkehr des Finanzministers Wright die letzte Entscheidung der Regierung fallen kann. Man muß zuversichtlich hoffen, daß der Finanzminister den Abmachungen beitrifft. Ueberris sind auch noch verschiedene Punkte kritisch, über die gestern im Reichsverkehrsministerium mit dem Geheimer Ausschuh der Eisenbahner weiter verhandelt wurde. So besteht Hoffnung, die Verhandlungen noch in dieser Woche zum völligen Abschluß zu bringen. Jedenfalls kann man mit Genugtuung feststellen, daß der tote Punkt überwunden ist. Wir haben jenseitig unserer bestimmten Hoffnung dahin Ausdruck gegeben, daß das geschehen würde. Jetzt kurz vor dem Ziel darf man nur noch hoffen, daß alles zum guten Ende kommen möge. Die Führer der Eisenbahner, die in Berlin verhandelt haben, haben eine außerordentliche Arbeit geleistet. Nicht nur, daß die Vorverhandlungen unendlich langwieriger waren, auch die eigentlichen Verhandlungen erforderten große Um-

sicht und Energie. Nun die Arbeit mit Erfolg gekrönt worden ist, darf man der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die Autorität der Führer bei ihren Berufsgenossen und Kollegen stark gefestigt ist. Die Massen der Beamten und Arbeiter werden sich jetzt ruhiger hinter die Führer stellen, die erfolgreich verhandelt haben. Ohne strenge Disziplin ist keine Bewegung dauernd erfolgreich zu erhalten. Das muß die Einsicht und das Gemeingut aller Beamten und Arbeiter werden. Besonders darf jetzt nirgends ein Zweifel darüber entstehen, daß die Eisenbahner auch in ihren Arbeiterkategorien jener durchsichtigen kommunikativen Sprache fähig sind, die sich jetzt naturgemäß wieder in den Organen der A. P. D. breit macht. Doch es den Kommunisten nur darauf ankommt, die Arbeiterkategorie in Rat und Tat zu heben, um die für kommunikativen Zwecke erforderliche Berufswillens-Einstimmung herzustellen, das haben die Ereignisse in Henssberg aus Deutlichkeit gezeigt.

Lösung der Sozialisierungsfrage?

H. Ritter, Berlin.

Die Frage der Sozialisierung des Bergbaues ist in ein neues Stadium gerückt. Es ist ein neuer Gesichtspunkt aufgeleuchtet, der des „Lebens“, der, wie eine kurze Kolitz der Presse berichtet, als so schwerwiegend erkannt ist, daß man ihn wissenschaftlich und wirtschaftlich prüfen will. Es handelt sich dabei um ein Problem, das den Vorkriegs-Edmann-Berlin, A. D. R. W., der die Frage als Bodenrechtsproblem behandelt.

Es trat anfänglich nur die beiden Gegenläufe hervor, die eine schnellere oder langsamer dauernde Ueberleitung des Kohlenbergbaues an den Staat forderten. Neuerdings hat sich der Gegensatz anders gestaltet. Es stehen Lederer, Karchenau und ihre Anhänger als Gegensatz zur Richtung Sinnes, und damit war die sachliche Gegenüberstellung von Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft gegeben. Die Vorkriegs Lederer und Karchenau dürften als hinsichtlich bekannt vorausgesetzt werden. Der Vorkriegs Sinnes hat als wesentlichen Gesichtspunkt die kapitalistische Beteiligung der Arbeiterheit. Durch Ausgabe von Aktienanteilen soll der Arbeiter, wie überhaupt alle Schichten des Volkes, Gelegenheit haben, an dem Gewinn der Bergwerksgesellschaften teilzunehmen. Im übrigen schlägt auch Sinnes eine „Gemeinwirtschaft“ vor, die er darin sieht, daß sich Wirtschaftskreise bilden, die jeder möglichst den Gesamtproduktionsprozess umfassen. Nebenher ist Sinnes bereits darüber, diesen Vorschlag in die Tat umzusetzen: der Sinnes-Kongress umfaßt den ganzen Produktionsweg des Glases und führt sich dafür auch die Kohle.

Der Vorkriegs Ledermann greift auf Gedanken-gegenstände zurück, die schon vor der Zeit bestanden, ehe der Sozialismus modern wurde. Das ganze Wirtschaftssystem hängt davon ab, daß Kohle geliefert wird. Nun ist aber Kohle nicht etwas heiliglich Vermehrbares, wir sind abhängig von dem Vorkommen, und sind weiter abhängig davon, daß diese Vorkommen erschlossen werden. Die wenigen Bergwerke der Steinkohle haben also das ganze deutsche Wirtschaftsleben in der Hand. Danach wird die gesamte Kohlenproduktion von einer Stelle aus beherrscht. Beherrscht, weil keine Konkurrenz besteht, die diese Herrschaft durchbrechen könnte. Kohlen, Erze, Raff sind die einzigen Monopole, die sich bilden könnten, weil sie natürliche Monopole sind, d. h., sie sind eine durch die Natur gegebene Größe, über die der Mensch nicht hinauskommt. Solange wir von den Kohlen abhängig sind, sind wir abhängig von denen, die die Kohlenfelder besitzen, es ergibt sich daraus, daß wir, um das Monopol zu sprengen, ein anderes Wirtschaftssystem schaffen müssen. Dafür gibt es dann wohl nur den einen Weg, den Weg der Kohlenfelder an den Staat zu überleiten, den Weg — nicht den Betrieb. Einzig der Staat ist in der Lage, die Bodenfläche im Interesse der Gesamtheit zu verwalten, dagegen ist die Betriebsführung Sache des Unternehmers.

Der Vorkriegs Ledermann legt an die Stelle des Besitzes von Kohlenvorkommen das Pachterfahren, die Arbeit selbst, die Kohlenförderung, die er aber dem freien Unternehmertum überläßt. Die Pachterform zwingt den Unternehmer, ionell Kohlen auf den Markt zu liefern, daß die Pachterform sich rentiert. Die jetzigen Besitzer der Kohlenvorkommen werden abgelöst nach dem Schema der kapitalisierten Grundrente, also der wirtschaftlich gerechteste Gesichtspunkt, der möglich ist. Das Recht, Kohlen zu fördern, wird vom Staat öffentlich meistbietend verpachtet. Der bisherige Besitzer der Kohlenfelder kann sich an dem Pachtergebote beteiligen und hat Anspruch auf das Vorkaufrecht, d. h., wenn er das Pachtergebote übernehmen will, hat er den Vorkauf. Verzichtet er, ist er verpflichtet, seine Schachtanlagen dem neuen Pächter zum Marktwert zu verkaufen.

Für die Uebernahme ist vorgesehen, daß der bisherige Besitzer seine Grundrente selbst angibt, den kapitalisierten Betrag erhält er als Kaufsumme, und die Höhe der angegebenen Grundrente zahlt er als Pacht. Damit ist das Reich der schwierigen, wohl unlosbaren Aufgabe der Schätzung überlassen und macht es doch dem Besitzer wirtschaftlich unmöglich, den Staat zu betrügen, da eine zu hoch angesetzene Grundrente keine Pacht, die er zu zahlen hat, unwirtschaftlich hoch gestaltet.

Der Vorkriegs Sinnes sieht eine Tilgung der Abfindungssummen innerhalb 25 Jahren vor, bezahlt wird die Ab-

findung aus den eingehenden Pachterträgen. Dem Staat erwächst also keine Mehrausgabe, sondern eine durch die Rückzahlung jährlich steigende Einnahme. Die Dauer der Pacht ist auf etwa 25 Jahre vorgegeben. Der Pachtsinn wird sich an die jeweilige wirtschaftliche Lage, also dem Kohlenpreisen anpassen. Steigt der Kohlenpreis, wird die Pacht steigen, fällt der Kohlenpreis, muß die Pacht naturgemäß sinken.

Der Sinn dieses Pachterfahrens ist, den durch das Monopol gefassten Preis einzusparen. Monopolpreise sind immer wesentlich höher als Selbstkosten plus Unternehmerrisiko. Dieses Mehr schwant mit dem Preis, also muß die Pacht, die dieses Mehr ersetzen will, auch eine schwankende Größe sein. Monopolgewinne sind niemals sicher zu sagen, sie werden nur ausgerechnet durch einen genügend harten Konkurrenz. Der Produzent nichtmonopolisierend kann weiß, daß sein Preis durch die Größe der Konkurrenz gegenüber der Größe der Nachfrage bestimmt wird. Die für den Konsumenten wichtige Konkurrenz (der Produzent käme gern ohne sie aus) wird bei den Kohlen durch das Pachterfahren gelöst. Steigt der Kohlenpreis, wird ein härterer Zugang zum Kohlenbergbau vor sich gehen, mehr Kapital fließt an der Kohlenförderung beteiligt. Das würde die Nachfrage nach Kohlenfeldern, also die Pacht treiben, und der Konsument hat hier zwar nicht den Vorteil der billigeren Kohle, wohl aber hätte das Reich eine erhöhte Einnahme aus der Pacht, die den Konsumenten wieder zugute kommt.

Das hier nur angebeutete Pachterfahren bringt natürlich nicht unerhebliche Veränderungen in das Wirtschaftsleben und sich aus technischen, kaufmännischen und juristischen Gesichtspunkten zusammen. Sie soll als Gerichtshof, ähnlich dem reichsgerichtlichen Oberverwaltungsgericht, ausgebaut werden. Im übrigen sieht der Entwurf einige Bestimmungen vor, die bezüglich der Anfang Wert haben. So bleibt als oberste Behörde der Reichsminister bestehen, erweitert um Angestelltenvertreter aus dem Bergbau. Auch muß vorerst der Bedarf an Hausbrandkohlen sichergestellt werden.

Eine wesentliche Neuerung bringt der Entwurf auch in der Förderung von sozialen Arbeitsgesellschaften. An dem Gebot zur Pachtung von Schächten können sich Arbeitnehmer gesellschaftlich beteiligen und gemeinsam einen Schacht abbauen. Für den zur Uebernahme der Schachtanlagen benötigten Kredit hat das Reich die Verpflichtung übernommen und dafür ein Pfandrecht über den Pachtertrag haben, bis die Kapitalien des Reiches erledigt ist. Was die Arbeitnehmer heute hindert, ihrerseits Unternehmer zu sein, ist im großen und ganzen der Mangel an Bankkredit. Durch die Kapitalien des Reiches könnte dieser Kredit behoben werden, und das Risiko des Reiches ist ein geringes, da die Schachtanlagen ja etwa den Wert in Höhe des Kredites haben.

Der Entwurf sieht weiter vor, die Bestimmungen auch auf den Erz- und Kaliberbergbau und auf die Wasserkräfte auszuweiten. Er fordert also eine Beschlagnahme der gesamten Montanrente, nicht nur der Kohlen. (Wir geben vorläufige Ausführungen in Ergänzung der daselbst Thema betreffenden Notiz in unserer heutigen Morgenausgabe wieder. Die Idee des Lebens bietet außerordentlich viel Verdienendes, aber auch die Gefahr des Raubbaues. Darum können wir uns dem Bedauernlichen Vorschlag nicht ruhig anschließen. Die Schriftleitung.)

Kommunisten-Krawalle.

Die erste Sitzung des jährlichen Landtages nach dem Weichstagsfest war von den Kommunisten zu einem Gewaltausbruch ausgerufen worden. Sie hatten einen Antrag zur Verringerung der Not der Arbeitslosen eingebracht. Um dieser Forderung den nötigen Nachdruck zu verschaffen, hatten sie die Arbeitslosen in Straßenverbindungen vor dem Landtagsgebäude mobil gemacht. Da inbezug das Polizeipräsidium für diesen genügenden Schutz durch umfangreiche Polizeierregungen gefordert hatte, ging es auf dem Wege vor dem Landtagsgebäude zu blutigen Krawallen über, wobei sich aber in Landtagssaal selbst die auf den Tribünen zahlreich vertretenen Kommunisten aus. Schon die Begrüßung des Kammerpräsidenten Brüßdorf wurde vielfach durch lärrende Zwischenrufe der kommunistischen Abgeordneten unterbrochen. Nach Brüßdorf verlangte der Kommunist Müller für Selbstorganisation des Wort. Unter anhaltenden Pfeifentönen behauptet Weimer, daß im Hause Gewehr lagen und daß eine Abordnung der Erwerbslosen nicht vorgelassen worden sei. Schließlich verließ er im Namen seiner Fraktion, daß keine Fraktion an den Beratungen des Hauses nicht mehr teilnehmen werden, wenn der Antrag nicht sofort auf die Tagesordnung kommt. Am Schluß der Rede des Kommunisten stimmten die voll besetzten Tribünen in lauthallen Bravourerufe. Weimer behauptet, dies sei bekannt, aus welchen Gründen der Antrag nicht auf die Tagesordnung kommen konnte. Er sei für nächst Dienstag zur Verhandlung vorgelesen. Der Reichsminister ließ sich nicht durch die Unabgängigkeit Müller erklären, daß ihnen der Antrag der Kommunisten zu spät zugegangen sei, so daß

